

Pressemitteilung 15/2016

Berlin, den 14. April 2016

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2016: Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert

Die Wirtschaftsforschungsinstitute schätzen, dass das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2016 um 1,6 Prozent zunehmen wird; im Herbst hatten sie noch 1,8 Prozent vorhergesagt. „Ausschlaggebend für die Revision war ausschließlich, dass sich die Weltwirtschaft Ende 2015 merklich abgekühlt hat. Die deutsche Binnenkonjunktur stellt sich aus heutiger Sicht sogar besser dar als noch im Herbst“, sagte Timo Wollmershäuser, Leiter des ifo Zentrums für Konjunkturforschung. Insgesamt befindet sich die deutsche Konjunktur in einem moderaten Aufschwung.

Die Zahl der Erwerbstätigen wird daher weiter steigen, von 43,0 Millionen 2015 auf 43,5 Millionen im laufenden Jahr, wie aus dem Gutachten hervorgeht, das die Institute am Donnerstag in Berlin vorstellten. Die Arbeitslosigkeit steigt trotz des Beschäftigungsaufbaus im nächsten Jahr leicht, da die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt langwierig ist. Die Arbeitslosenquote erhöht sich aber kaum, von 6,2 Prozent auf 6,4 Prozent.

Tabelle
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,4	0,3	1,6	1,7	1,6	1,5
Erwerbstätige ¹ (1 000 Personen)	42 060	42 328	42 703	43 032	43 535	43 921
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 897	2 950	2 898	2 795	2 737	2 822
Arbeitslosenquote BA ² (in Prozent)	6,8	6,9	6,7	6,4	6,2	6,4
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	2,0	1,5	0,9	0,3	0,5	1,5
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	3,1	2,0	1,7	1,7	2,5	2,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁵ in Mrd. Euro	-2,7	-3,8	8,4	21,2	11,0	9,8
in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-0,1	-0,1	0,3	0,7	0,4	0,3
Leistungsbilanzsaldo in Mrd. Euro	193,6	190,4	212,9	257,5	254,2	263,3
in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts	7,0	6,8	7,3	8,5	8,1	8,1

¹ Im Inland. – ² Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – ³ Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – ⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2016 und 2017: Prognose der Institute.

Sperrfrist
14. April 2016, 11:00 Uhr MESZ

Pressekontakt
Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundesministerium für Gesundheit (BMG), Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Konjunktur, Prognose, Finanzmärkte, öffentliche Finanzen, Geldpolitik, Finanzpolitik, Weltwirtschaft, Deutschland, Arbeitsmarkt, Produktion

Aktueller Bezug
halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Die Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration sind ein wichtiger Grund dafür, dass der Finanzierungssaldo des Staates von 21 Mrd. Euro im Jahr 2015 auf 11 Mrd. Euro im Jahr 2016 sinken dürfte. Da die deutsche Wirtschaft in etwa normal ausgelastet ist, ist dieser Überschuss weitgehend strukturell. Es besteht also weiterhin ein gewisser finanzpolitischer Handlungsspielraum. Dieser sollte nach Auffassung der Institute wachstumsorientiert eingesetzt werden. Die aktuelle Ausrichtung der Geldpolitik im Euroraum halten die Institute für angemessen.

Anlage:

Kurzfassung des Gutachtens:

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert, Frühjahr 2016, Kurzfassung. München 2016.

Langfassung des Gutachtens:

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung bleibt moderat – Wirtschaftspolitik wenig wachstumsorientiert, Frühjahr 2016. München 2016.

Die Gemeinschaftsdiagnose wird zweimal im Jahr im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellt. An dem Frühjahrgutachten 2016 haben das ifo Institut, das DIW Berlin, das IWH und das RWI mitgewirkt.

Wissenschaftliche Ansprechpartner

Prof. Dr. Oliver Holtemöller, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Prof. Dr. Timo Wollmershäuser, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.
Tel +49 89 9224 1406
Wollmershaeuser@ifo.de

Prof. Dr. Roland Döhrn, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)
Tel +49 201 8149 262
Roland.Doehrn@rwi-essen.de

Dr. Ferdinand Fichtner, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin)
Tel +49 30 89789 248
FFichtner@diw.de

Pressekontakt

Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

IWH-Expertenliste

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle](#) des IWH.

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 88 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.